



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2005

Was ist sozial am europäischen Modell?

Häusermann, Silja ; Beyeler, Michelle

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-65887>

Newspaper Article

Originally published at:

Häusermann, Silja; Beyeler, Michelle. Was ist sozial am europäischen Modell? In: Tages-Anzeiger, 27 October 2005, 8.

Tages-Anzeiger

27. Oktober 2005

Was ist sozial am europäischen Modell?**AUTOR:** Von Silja Häusermann und Michelle Beyeler***RUBRIK:** Ausland; TRIBÜNE; S. 8**LÄNGE:** 972 Wörter

Die Staats- und Regierungschefs der EU treffen sich heute zu einem informellen Gipfel über das «europäische Sozialmodell». Doch was ist eigentlich darunter zu verstehen?

Grob definiert meint dieses Modell die Kombination einer wachstumsorientierten, kapitalistischen Wirtschaft mit einer auf Ausgleich basierenden Sozialpolitik. Unklar und umstritten ist jedoch, ob es sich bei diesem Modell um einen Ist-Zustand, ein EU-Projekt oder um eine Utopie handelt.

Diejenigen, die es als Ist-Zustand betrachten, sehen das Modell in Gefahr. Sie lehnen insbesondere eine weitere Liberalisierung der Märkte ab, um ihr nationales Wohlfahrtssystem nicht noch stärker unter Druck zu setzen. Diese Position wird vor allem von linker und gewerkschaftlicher Seite geteilt. Als Folge davon hat der Widerstand gegen den europäischen Integrationsprozess zugenommen, wie dies die Demonstrationen gegen die EU-Gipfel oder das französische Nein zur EU-Verfassung verdeutlichen. Während die EU sich früher vor allem gegen konservative, nationalistische Kräfte verteidigen musste, sieht sie sich heute zunehmend auch mit linker Opposition konfrontiert.

Politische und institutionelle Hürden

Die nationalen Regierungen und die EU-Kommission versuchen die Argumente der neuen Opposition zu entkräften, indem sie vom europäischen Sozialmodell als einem Projekt der EU sprechen. Ein Projekt mit dem ehrgeizigen Ziel, Wachstum und Solidarität gleichermassen zu fördern. Dieses Ziel hat die EU im Jahr 2000 in Lissabon ausformuliert und es Anfang 2005 noch einmal zugespitzt und bekräftigt. Damit hat sie sich eine schwierige Aufgabe gestellt. Die Schwierigkeit ist dabei nicht, dass die beiden Ziele unvereinbar wären. Die skandinavischen Staaten zeigen auf, dass eine wettbewerbsfähige Wirtschaftspolitik und eine weit reichende Umverteilung durchaus kompatibel sein können. Das Hauptproblem sind zahlreiche politische und institutionelle Hürden, welche die Formulierung konkreter sozialpolitischer Massnahmen auf europäischer Ebene stark erschweren.

Die Kompetenzen in der Sozialpolitik liegen zum weitaus grössten Teil bei den Mitgliedsstaaten. Die nationalen Wohlfahrtsmodelle sind sehr unterschiedlich, und diese Unterschiede haben sich durch die Osterweiterung zusätzlich vergrössert. Eine Harmonisierung ist schon aus technischen Gründen sehr schwierig. Um die holländischen Pensionskassen mit dem französischen, umlagefinanzierten Rentensystem zu vereinen, bräuchte man zum Beispiel Übergangsfristen von mindestens vierzig Jahren. Auch der politische Wille, die Wohlfahrtssysteme anzugleichen, ist gering. Die neuen Mitgliedsländer möchten sich ihren Wettbewerbsvorteil der tieferen Sozialabgaben möglichst bewahren. Und in den alten EU-Staaten verteidigen mächtige politische Kräfte die nationalen sozialpolitischen Errungenschaften. Die Mitgliedsländer werden daher auf absehbare Frist nicht bereit sein, der EU die notwendigen Kompetenzen und Mittel zu übertragen, die für eine europäische Sozialpolitik nötig wären.

Will die EU Wachstum und Solidarität gleichermassen fördern, steht sie vor einem grundlegenden Dilemma. In zwischenstaatlichen Verhandlungen ist es ungleich einfacher, nationale Regelungen zu liberalisieren, als einen Konsens für neue Regeln zu finden. Dies gilt insbesondere für die komplexe Sozialpolitik. Aus diesem Grund ist die Integration der Märkte in der EU bereits recht fortgeschritten, während die Integration im Bereich des sozialen Ausgleiches marginal ist. Die Kommission hat lediglich über die offene Methode der Koordinierung («open method of coordination») ein Instrument entwickelt, um sanften Druck auszuüben. Auf diesem Weg verbreitet die EU-Kommission unverbindliche Empfehlungen für Reformen an die Mitgliedsländer. Sie stellt so Ideen, Informationen und Lösungswege zur Verfü-

gung. Konkrete Regulierungen, wie die Richtlinien zur Nichtdiskriminierung von Frauen und Teilzeit Arbeitenden, bleiben aber eine Ausnahme.

Die Schweiz als Vorbild

Wenn die EU jedoch nicht nur die wirtschaftliche Dynamik, sondern auch eine gerechtere Verteilung der Wachstumsgewinne fördern will, dann müssen die Regierungen ihrer Mitglieder Wege einer verbindlicheren europäischen Sozialpolitik aufzeigen. Sie müssen glaubhaft darlegen, dass ihnen die Solidarität genauso wichtig ist wie Wettbewerb und Wirtschaftswachstum. Eine Möglichkeit wäre, künftige Liberalisierungsvorhaben direkt an sozialpolitische Kriterien zu koppeln. Denkbar ist beispielsweise, dass nur diejenigen Länder von der völligen Liberalisierung der Dienstleistungen profitieren können, die bezüglich **sozialen** Ausgleichs und Förderung der Chancengleichheit gewisse minimale Standards erfüllen. Dies würde die Gefahr des Sozialdumpings reduzieren. Natürlich ist auch das Aushandeln solcher Standards eine äusserst schwierige und langwierige Aufgabe. Dass solche Pakete aber durchaus funktionieren können, hat die Schweiz mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit bereits aufgezeigt.

Es braucht konkrete Massnahmen

Ob es den Mitgliedsstaaten am informellen Treffen von heute in Hampton Court gelingt, den Weg hin zu einem dynamischen und solidarischen Europa zu konkretisieren, ist sehr ungewiss. Während die Pläne für einen verstärkten Wettbewerb im Dienstleistungswesen in Form der umstrittenen Bolkestein-Initiative auf dem Tisch liegen, bleibt es im Bereich der sozialpolitischen Massnahmen noch immer bei symbolischer Rhetorik und unverbindlichen Beteuerungen. Auch wegen dieses Ungleichgewichts ist der Widerstand gegen die weiteren Liberalisierungsschritte so massiv. Es braucht verbindliche und konkrete Massnahmen, damit das europäische Sozialmodell von einer vagen Utopie zum konkreten Projekt für ein solidarisches Europa wird.

* Die Autorinnen sind Mitarbeiterinnen am Center for Comparative and International Studies (CIS) in Zürich.

UPDATE: 28. Oktober 2005

SPRACHE: GERMAN; DEUTSCH

PUBLICATION-TYPE: Zeitung